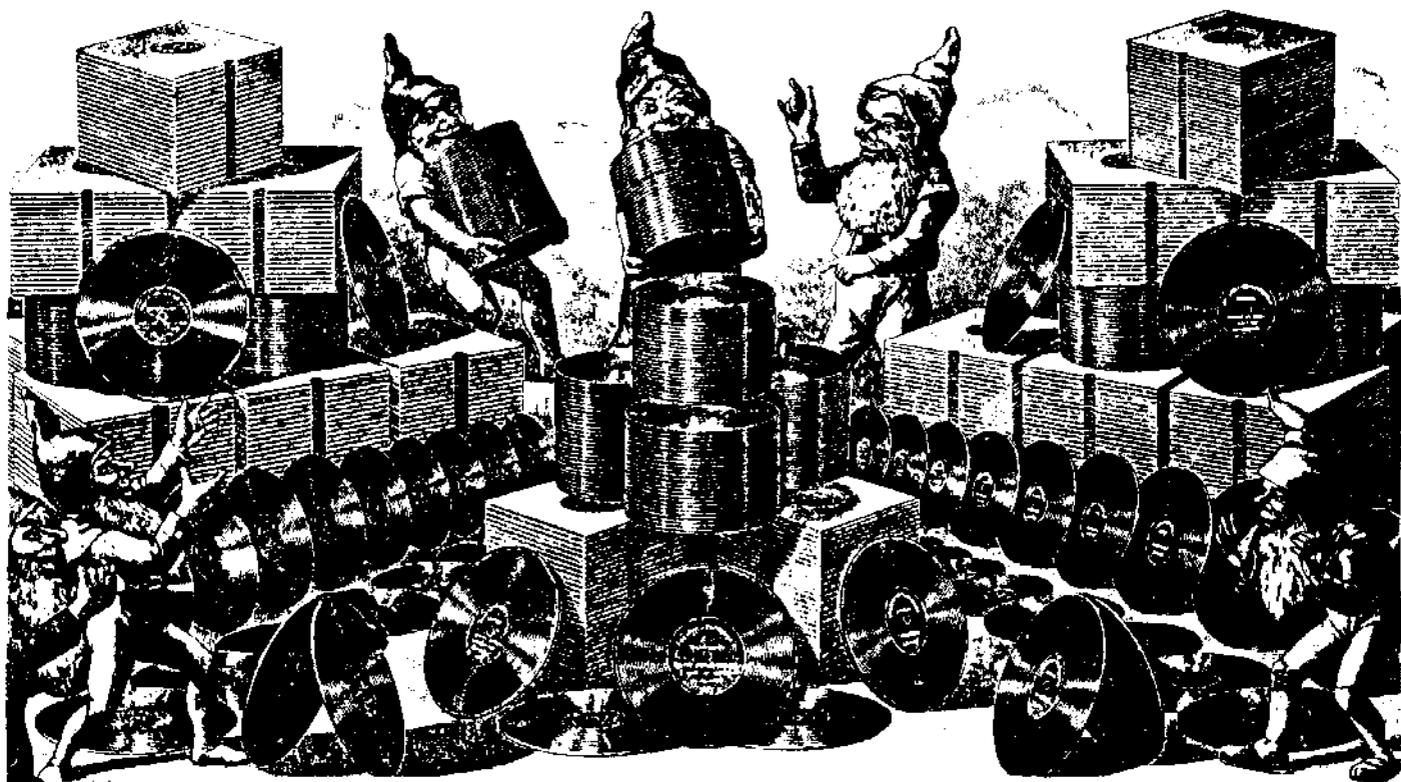


Im Dienste der Information

Im Gegensatz zu den Unabhängigen Bürgern verfügen die aus Steuermitteln subventionierten Parteien über eindrucksvolle Möglichkeiten, die Bürger jederzeit über Planungen und auftauchende Probleme zu unterrichten.



Reine naturgetreue Wiedergabe! Außerst geringe Abnutzung!

Zehn Jahre Erfahrung
im Umgang mit den Parteien
und
der Teilnahme der Bürger an der Kommunalpolitik

Die Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger entstand aus der Erkenntnis, daß die Parteien den Bürgerwillen nicht genügend berücksichtigen. Sie zeigen ein einheitliches Verhalten: Sie betrachten sich als Lehrmeister des Bürgers und erheischen seine Zustimmung, nicht seine Beteiligung.

Die Parteien, die den Staatsapparat beherrschen, beeinflussen die Meinungs- und Willensbildung der Bürger in ihrem Sinne.

In dieser Situation machte vor zehn Jahren eine Gruppe parteiunabhängiger Bürger - mit unterschiedlichen politischen Ausgangspositionen - den Versuch, sich an der Lösung kommunalpolitischer Aufgaben zu beteiligen, indem sie eigene Kandidaten für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in Zehlendorf aufstellt.

Die WUB erreichte auf Anhieb einen Stimmenanteil von 12,9 %, den sie 1979 noch auf 13,8 % erhöhen konnte. Wieder stellte die WUB 6 von 45 Bezirksverordneten und die Stadträtin für Gesundheitswesen.

Diese Legislaturperiode, die 1979 begann, dauerte nur zwei Jahre. Sie endete durch zwei Volksbegehren zur Auflösung des Abgeordnetenhauses. Das erste wurde von einem Mitarbeiter der WUB und einem der AL beantragt. Kurz darauf startete die CDU unter v. Weizsäcker ebenfalls ein gleichlautendes Volksbegehren. Beide Volksbegehren führten zur Auflösung des Abgeordnetenhauses. Der SPD-Senat unter Stobbe hatte mit Millionenskandalen (Garski) und 10.000 leerstehenden Wohnungen völlig abgewirtschaftet. Bei den Neuwahlen wurde die CDU mit dem Slogan "Keine Partei darf sich den Staat zur Beute machen" die stärkste Partei.

Bei den Neuwahlen am 10. Mai 1981 stellte die AL auch Kandidaten für die BVV Zehlendorf auf. 3 Sitze konnte sie erringen. Vorhergehende Gespräche, eine gemeinsame Liste aufzustellen, scheiterten. Unterschiedliche Arbeitsweise, z. T. auch Generationsunterschiede und programmatische Vorstellungen erwiesen sich doch als trennender. Der Stimmenanteil der WUB ging auf 9,3 % zurück. Seitdem stellt sie 4 Bezirksverordnete. Durch den geringen Stimmenanteil verlor sie auch ihren Stadtratsanspruch. Der Stimmenanteil der CDU stieg auch in Zehlendorf. Sie stellte statt 23 dann 26 der 45 Bezirksverordneten und 5 der 7 Stadträte im Bezirksamt. Dieses zahlenmäßige CDU-Übergewicht hat sich wiederholt zum Nachteil der Zehlendorfer ausgewirkt.

Dort, wo es vor 1975 - 1981 noch inhaltliche Auseinandersetzungen und zuweilen den Willen zum Kompromiß gab, machte sie in den letzten vier Jahren oft rücksichtslos und ohne Diskussion Gebrauch von ihrer absoluten Mehrheit. Sie nutzte diese oft, um notwendige Entwicklungen und Veränderungen zu blockieren. Ideen und grundlegende Überlegungen zu bezirklichen Problemen im Umweltschutz-, Sozial- und Jugendbereich sind in dieser großen Fraktion besonders rar.

Der Einfluß der unabhängigen Bürger auf die Bezirkspolitik ist durch den Verlust des Stadtrates und den damit zusammenhängenden Informationsrückgang geringer geworden. Aber gerade in den letzten vier Jahren haben sich die Vorteile der organisatorischen Begrenzung auf Zehlendorf erwiesen. Die WUB kann flexibel auf lokale Probleme reagieren, kann ihre Lösung intensiver verfolgen als andere. Viele Themen von gleichzeitig bezirklicher und gesamtstädtischer Bedeutung, wie z. B. die ins Mammuthafte gewachsene FU mit ihren nachteiligen Auswirkungen auf die Dahlemer Wohnbevölkerung, auf die Verkehrssituation, auf das Ortsbild, konnte in den letzten Jahren nur am Rande behandelt werden. Die engagierten Dahlemer Bürger fehlen für die Mitarbeit.

So haben sich anfängliche Erwartungen der WUB, daß sich immer mehr Bürger die Zeit nehmen werden, neben Familie und Beruf ihre Erfahrungen, Vorschläge und Bedenken für sachgerechte Lösungen entstehender Zehlendorfer Probleme beizusteuern, nicht voll erfüllt. Fast nur die unmittelbare Betroffenheit löst das Interesse aus, Einfluß zu nehmen. Zu sehr haben die Bürger sich daran gewöhnt, nur noch zu wählen. Die dauernde Teilnahme an der Kommunalpolitik überfordert die Bürger auch. So erklärt sich, daß die Demokratie weitgehend zu einer Wahldemokratie im Parteienstaat verkümmert. Die Beteiligungsdemokratie, getragen von der aktiven Teilnahme bleibt eine Hoffnung, solange nur 3 % der Bürger in Parteien organisiert sind und von diesen nur etwa 10 % in der Partei aktiv sind. So reduziert sich die aktive Teilnahme auf 0,3 % der Bürger. Das wären in Zehlendorf statistisch nur 195 Bürger über 18 Jahre. Glücklicherweise sieht es doch etwas besser aus. Es gibt einige tätige Bürgerinitiativen und das offene Forum der WUB, in denen sich immer wieder Bürger engagieren, wenn auch nur zuweilen langfristig.

Unabhängige Bürger im Rathaus Zehlendorf: Erfolge und Niederlagen 1975 - 1985

Die Bürger verhindern einen 42 Mio-Tunnel und damit die Zerstörung des Ortskernes von Zehlendorf.

1974: Bürger aus Zehlendorf, Wannsee, Dahlem und Schlachtensee gründeten die BI Erhaltung Ortskern Zehlendorf, um einen geplanten, aber verkehrsmäßig sinnlosen Tunnel durch den Ortskern Zehlendorf im Zuge der Berliner-/Potsdamer Straße zu verhindern. FDP, SPD und CDU hatten in der Bezirksverordnetenversammlung Zehlendorf den Tunnel einstimmig beschlossen. Fast 14.000 Unterschriften gegen den Tunnel wurden gesammelt, Protestveranstaltungen im Bürgersaal und vor dem Rathaus organisiert, alles vergebens. Die Parteien waren sachlichen Argumenten und den Berechnungen unabhängiger Gutachter nicht zugänglich. Sie akzeptierten den Alternativplan der BI nicht. (Der jetzt ausgeführte Kreuzungsneubau mit Linksabbiegerspuren allerdings entspricht diesen Vorschlägen). Daraufhin beschlossen die Mitarbeiter der BI Erhaltung Ortskern Zehlendorf und Vertreter der BI Düppel-Nord, sich zu der Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger - WUB für die Wahlen der BVV Zehlendorf im Jahre 1975 zusammenzuschließen.

1975 Wahlerfolg:
Erstmalig unabhängige Bürger in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und im Bezirksamt

Es gelang der WUB das grundgesetzwidrige Parteienmonopol für die Aufstellung von Kandidaten für die BVV-Wahlen zu brechen. 12,9 %, das sind 8.686 Zehlendorfer, wählten die WUB am 10. März 1975 ins Rathaus Zehlendorf. Sie stellte 6 Bezirksverordnete. Die Stadträtin für Gesundheitswesen konnte erst 5 Monate später nach einer gerichtlichen Entscheidung gewählt werden. Die CDU hatte versucht, der WUB das Nominierungsrecht zu nehmen.

Parteiunabhängige Bewerber für das Abgeordnetenhaus wurden abgelehnt. Erst eine Klage vor dem Wahlprüfungsgericht führte zum Erfolg. Die Berliner Verfassung wurde geändert. Die Abgeordnetenwahl mußte in zwei Wahlkreisen wiederholt werden. Dabei erhielten die unabhängigen Kandidaten 13,8 bzw. 14,3 % der Stimmen.

Zehlendorfer Radwegenetz: Beispielhaft für andere Bezirke

Die WUB hat den Bau von insgesamt 29 neuen Radwegstrecken beantragt, die vor allem zu Einkaufszentren, Schulen und Erholungsgebieten führen. Zahlreiche Radwege wurden bereits den Anregungen der WUB entsprechend angelegt - wenn auch nicht immer in der günstigsten Weise, denn man pflasterte Grünstreifen, wie in der Argentinischen Allee zu, engte Fußwege ein oder errichtete Slalomstrecken. Mit einem Meter sind die neuen Radwege zu schmal zum Überholen. Verbreiterungen auf Kosten der Fahrbahnflächen sind wünschenswert.

Das Zehlendorfer Radwegenetz ist nach jahrelangen Bemühungen weitgehend ausgebaut. Es gibt aber noch viele Lücken zu schließen, so an der zweiten Seite der Machnower Straße, zwischen Teltower Damm und Droste-Hülshoff-Gymnasium, an der Chausseestraße, an der Garystraße.

BVG-Planung ohne die Bürger zu beteiligen

Wiederholt hat die WUB versucht, der BVG Vorschläge zur Verbesserung des Busverkehrs zu machen: Eine durchgehende Nachtbuslinie 10, eine günstigere Anbindung der FU durch den Bus 11, Beschleunigungen der Busse in Abendstunden und an Feiertagen. Zu den jüngsten Plänen der BVG, das Zehlendorfer Busnetz umzugestalten, wurden Gegenvorschläge vorgelegt, eine Umfrage und eine örtliche Veranstaltung mit BVG- und Senatsvertretern durchgeführt.

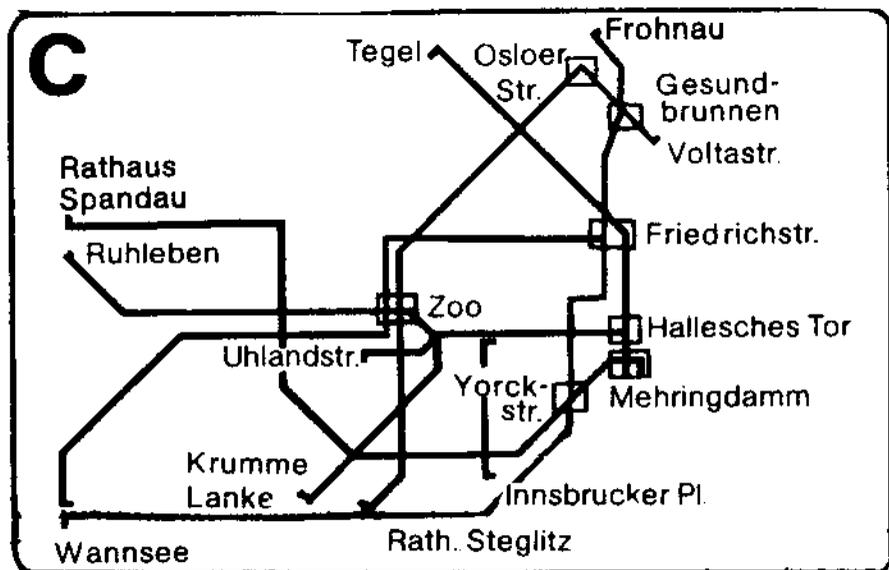
Die WUB unterstützte damit auch den Bürgerprotest für die Erhaltung der Busse 48 und 53, da längst nicht alle Fahrgäste die wiedereröffnete Wannseebahn benutzen können. Während die "Rettung" der beiden Buslinien eher aus der Wahlkampfsituation heraus erfolgt sein dürfte, scheinen Senat und BVG auch künftig nicht bereit, den Bürgern ein größeres Mitspracherecht einzuräumen. Dies aber ist wichtig, wenn es darum geht, Fahrpläne besser aufeinander abzustimmen oder die Tarife neu zu gestalten: Wer ist schon noch bereit oder als Rentner in der Lage z. B. 4,-- DM für Hin- und Rückfahrt zum Arzt, zur Post oder zum Einkaufen auszugeben? Kurzstreckentarife (z. B. 1,-- DM für vier Bushaltestellen oder zwei U- oder S-Bahnstationen) könnten zusätzlich für Autofahrer ein Anreiz sein, mehr die BVG zu nutzen.

S-Bahn: Zehlendorfer haben wieder schnelle Verbindungen

Mit Eröffnung der Wannseebahn von Wannsee über U-Bahnhof Rathaus Steglitz, Friedenau und Schöneberg bis Anhalter Bahnhof (in Verlängerung bis Friedrichstraße, Gesundbrun-

nen und Frohnau) werden die Zehlendorfer viele schnelle Verbindungen innerhalb des Bezirks und in das übrige Stadtgebiet (wieder-)entdecken. Kurz nach Stilllegung der Wannseebahn vor über vier Jahren startete die WUB, wiederum unterstützt von 10 weiteren Initiativen, eine Unterschriftensammlung für die Wiedereröffnung und einen Verkehrsverbund mit Umsteigefahrscheinen für Bus, U- und S-Bahn. Auch hier trug ein stetiger Einsatz der Bürger zum Erfolg bei: Die Wannseebahn fährt wieder ab 1. Februar.

Sie bietet den Zehlendorfern und Wannseern günstige Verbindungen. Mit dem Netzteil C der BVG-Wochen- und Monatskarten kann man auf S- und U-Bahnstrecken bis nach Spandau, Tegel und Frohnau fahren.



Netzteil C der BVG-Zeitkarten

Umweltschutz:

Viele Vorschläge - einige überraschende Erfolge

Daß unsere Wirtschafts- und Lebensweise zerstörerische Formen angenommen hat, die sich am Ende gegen uns selbst richten werden, ist nicht länger die Meinung einer kleinen Gruppe von Chaoten und Panikmachern. Es vergeht kein Tag mehr ohne eine Meldung über (Um)weltzerstörung und deren Folgen.

Die Wählergemeinschaft ist überzeugt, daß diese Probleme auf kommunaler Ebene zwar selten bewältigt, aber entscheidend befördert werden können.

Was allseits beklagt wird, ist nicht aus der Welt zu schaffen, wenn die Zehlendorfer Bürger nur darauf warten, daß die Verantwortlichen im Rathaus etwas tun, die aber ihrerseits warten, daß der Senat aktiv wird, der wiederum aus Bonn ein Zeichen erhofft, während der Innenminister auf zu erwartende Beschlüsse aus Brüssel verweist.

1978 schlug die WUB vor, das Düppeler Feld gemeinsam mit dem kleinen Naturschutzgebiet Krummes Fenn und dem Museumsdorf Düppel in eine kulturhistorische Anlage einzubeziehen. In dem zusammenhängenden Gebiet, vom Düppeler Forst bis zu der Landwirtschaftsfläche der FU an der Clauertstraße sollte dargestellt werden, wie der Mensch sich seit dem Mittelalter die Natur im Umfeld seiner Siedlungen zunehmend nutzbar gemacht hat.

Dieser Plan wurde von der Aktionsgemeinschaft Berliner Naturschutzvereine, von prominenten Einzelpersonlichkeiten und fast 14.000 Bürgern mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Der damalige Zehlendorfer CDU-Baustadtrat aber stellte in Übereinstimmung mit dem damaligen SPD-Bausenator Ristock eine Baugenehmigung für 250 Wohnungen auf dem Düppeler Feld für Angehörige der US-Armee aus. Diese Baugenehmigung war rechtswidrig, weil es den gesetzlich vorgeschriebenen Bebauungsplan nicht gab. Der Zehlendorfer Baustadtrat und Bezirksbürgermeister ermunterte den amerikanischen Stadtkommandanten Besatzungsrecht anzuwenden, um die deutschen Baugesetze zu umgehen. Als 6 Zehlendorfer vor dem Verwaltungsgericht gegen den Baustadtrat und Bausenator klagen wollten, untersagte der amerikanische Stadtkommandant dem Verwaltungsgericht, die Klage zu hören. Daraus entwickelte sich ein komplizierter Rechtsstreit, der bis zur zweiten Instanz vor einem Gericht in Washington ausgetragen wurde. Letztlich wollten die Kläger, unterstützt von der WUB, für Berlin das verfassungsmäßige Recht auf Anhörung vor einem ordentlichen Gericht einklagen. Dieses Begehren scheiterte 1981.

Die kulturhistorische Anlage verhinderte rechtswidriges Verhalten deutscher Politiker und die willkürliche, weil rechtlich nicht überprüfbare Anwendung des Besatzungsrechts. Ein kleiner Teilerfolg konnte im Rahmen dieser Auseinandersetzung erzielt werden. Die Kleingartenkolonie Schlachtensee-Süd wurde zur Dauerkolonie erklärt.

1979 Wahlerfolg der WUB
Bürgertreff "Schützenhaus" scheiterte
Nordschule abgerissen
Aktion Tausalzstopp angelaufen

Die WUB versuchte, das alte Schützenhaus am Ende der Machnower Straße als Bürgertreff zu nutzen. Das seit vielen Jahren dem Bezirksamt Zehlendorf gehörende Haus war völlig verkommen. Das Bezirksamt wollte es abreißen lassen. Ein Verein interessierter Bürger unterstützt von der WUB, der Kirchengemeinde Buschgraben und dem Mittelhof, wurde gegründet, Nutzungs- und Finanzierungsmodelle beraten. Die WUB ermöglichte durch eine Spende ihrer Fraktion die dringenden Dachreparaturen am leerstehenden Haus. Intensive Bemühungen um Lottogelder scheiterten. Das Bezirksamt ließ abreißen.

Das gelbe Hauptgebäude der Nordschule war eins der markanten Gebäude in Zehlendorf-Mitte. Der Landeskonservator hielt es für denkmalwürdig. Das Schulamt, das Jugendamt, die Volkshochschule, Vereine und Jugendgruppen brauchten dringend Räume. Eine Unterschriftensammlung zur Rettung des Gebäudes lief. Das alte Schulhaus hatte einen Gebäudewert von mehreren Millionen DM. In der Bezirksverordnetenversammlung stimmten CDU und FDP geschlossen, unterstützt von 9 SPD-Vertretern für Abriß. 6 Bezirksverordnete der WUB und 4 SPD-Vertreter stimmten für Erhaltung.

Im Sommer 1979 startete die WUB gemeinsam mit 14 anderen Initiativen die "Aktion Tausalzstopp: Tausalz im Winter - Baumtod im Sommer". Es dauerte noch vier Jahre, bis der Senat mit der Schneepökelei aufhörte. Bereits fast jeder dritte Straßenbaum in Berlin hatte Tausalzschäden. Erst 1983 kam das Tausalzverbot.

Die WUB erhielt mit 1,8 % noch mehr Stimmen als bei ihrem Wahlerfolg (12,9 %) 1975. Sie stellte wieder sechs Bezirksverordnete und die Gesundheitsstadträtin.

1980 Landschaftspläne für Zehlendorf-Süd und Wannsee
Dahlem: Wohnungsbauplanung auf Forschungsfeldern gestoppt
Grün statt Pflaster

Die WUB beantragte Landschaftspläne für die Bereiche

- in Zehlendorf-Süd am Teltowkanal von Alt-Schönow bis einschließlich Buschgraben,
- in Wannsee am Teltowkanal und Griebnitzsee für Albrechts Teerofen bis Kohlhasenbrück

aufzustellen. Das Berliner Naturschutzgesetz von 1979 ermöglicht es, durch Landschaftspläne die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu verwirklichen. Beim Ausbau des Teltowkanals wurde dagegen schwerwiegend verstoßen.

Durch den Ausbau des Teltowkanales ist die Vogel- und Pflanzenwelt beeinträchtigt worden. Da der Teltowkanal lange stillgelegen hat, konnte sich ein dichter Röhrichtgürtel entwickeln. Dort nisteten Teichrohrsänger, Rohrammern, Sumpfrohrsänger, Nachtigallen, Fischreiher, Schwarzmilane und der besonders seltene Eisvogel. Beim Ausbau wurde dieser Röhrichtgürtel beseitigt, die Nistplätze zerstört. Auch das ausgedehnte, ökologisch wertvolle Feuchtgebiet in Albrechts Teerofen ist durch die Stahlspundwände gefährdet. Ökologische Schäden können nur teilweise wieder ausgeglichen werden. Dafür müssen aber die angrenzenden Flächen vor jeder Bebauung geschützt werden.

Das Ergebnis der Untersuchungen für die Landschaftspläne soll Gesichtspunkte für die Planung von Schönow und die Entwicklung im Bereich Albrechts Teerofen und Kohlhasenbrück liefern.

Schnell reagiert hat die Untere Naturschutzbehörde beim Gartenbauamt Zehlendorf auf diesen Antrag. Bereits Mitte August hatte sie insgesamt 13 Gebiete im Bezirk markiert - vom Havelufer über die Grunewald Seenkette bis zum Teltowkanal - für die sie Nachforschungen anstellen will, ob es notwendig und sinnvoll wäre, Landschaftspläne aufzustellen. Für den Bereich Düppel mit dem Naturschutzgebiet 'Krummes Fenn' als Herzstück hat sich die Untere Naturschutzbehörde bereits entschieden einen Landschaftsplan aufzustellen. Dafür hat sie bei der Oberen Naturschutzbehörde beim Bausenator um Zustimmung nachgesucht.

Aufgeschreckt durch Überlegungen von Städtebaugutachtern der Firma 'Proplan', auf den Forschungsfeldern an der Schorlemer Allee und Schweinfurthstraße Wohnungen zu errichten, protestierten die Fachbereiche 'Internationale Agrarentwicklung' (TU) und 'Angewandte Genetik' (FU). Die Gutachter hatten nicht mit den Betroffenen gesprochen. So erkannten sie auch nicht, daß die Felder für Forschung und Lehre unverzichtbar sind. An der Schweinfurthstraße laufen z. T. Langzeitversuche seit über 60 Jahren, die von einmaligem wissenschaftlichen Rang sind. Eine Sammlung seltener Laubgehölze sowie Wild- und Primitivformen von Obstgewächsen an der Schorlemer Allee hielten die Gutachter für eine "Gebüschpflanzung". Der TU-Bereich 'Internationale Agrarentwicklung' hat mit seiner Ausbildungsstätte für den Deutschen Entwicklungsdienst noch zusätzliche Bedeutung.

Bereits 1975 stellte die WUB den Antrag, das Gebiet zwischen Lentzeallee/Schweinfurthstraße/Schorlemer Allee/Gregor-Mendel-Straße als "landwirtschaftliche Nutzfläche für Forschungszwecke" auszuweisen. Nach 3 1/2 Jahren "Beratungsdauer" im Planungsausschuß beschlossen die Parteivertreter - vier Monate vor der Wahl - den WUB-Antrag zur Stellungnahme an die TU und FU zu überweisen.

Es wäre kurzsichtig gewesen, diese unersetzlichen Freiflächen durch Wohnbauten zu zerstören. Deshalb beantragte die Wählergemeinschaft, die Wohnbaupläne endgültig fallenzulassen.

Dies ist inzwischen geschehen.

In Berlin wurde in den letzten 10 Jahren eifrig gepflastert - nicht anders in Zehlendorf. Viele Bürgersteige sind als Abstellflächen für Autos zugepflastert worden. Das Tiefbauamt ging aber auch nicht zimperlich mit den Grünstreifen am Gehwegrand um, wenn es Radwege anlegte.

Sand, Rasen und Wildwuchsstreifen zwischen Gehweg und Straßenrand verschwinden, obwohl sie für Wasserhaushalt, Kleinklima und ein abwechslungsreiches Straßenbild wichtig sind. Bäume sterben oder können sich gar nicht erst entwickeln.



Die unabhängigen Bürger haben den Antrag gestellt auf etwa 25 Straßen insgesamt 21.000 qm Pflaster wieder zu entfernen und wiesenartige Grünstreifen anzulegen. Um das Geld für diese notwendigen Stadtbildreparaturen aufzubringen, sollten geplante Ausbauten weiterer Straßen zurückgestellt werden.

Erst ein geringer Teil dieses Antrages ist verwirklicht.

Wenn Erholungssuchende aus den Innenstadtbezirken am S-Bahnhof Wannsee ankommen, öffnet sich ihnen ein weiter Blick über die Schiffsanlegestellen auf den Wannsee und die Havel bis Heckeshorn, Schwanenwerder und Kladow. Dies wäre nicht mehr so, wenn es nach der CDU und SPD gegangen wäre.

Aus einem Restaurant am Wasser wurde ein Hotel: Von 1976 bis 1980 wuchs die Planung von einem kleinen Restaurant zu einem viergeschossigen Gebäude für die Verwaltung der Stern und Kleisschiffahrtsgesellschaft mit Lagerräumen und einem Restaurant. Dies Projekt lehnten CDU, SPD und WUB geschlossen als zu massiv und für den Ausblick störend ab.

Im Herbst 1981 legte der Architekt einen neuen Entwurf vor. Er hatte die bereits abgelehnte Planung noch um ein 60 Betten-Hotel vergrößert. Begründung: 'Das Restaurant allein ist nicht wirtschaftlich'. Dieser Entwurf - massiver als alle seine Vorgänger - verbaut den Ausblick völlig. Aber CDU und SPD fegten alle früheren Entscheidungen vom Tisch und stimmten trotz aller neuen Gegenargumente dem Hotelbau 'im Prinzip' zu. Städtebauliche Gründe kann es für diesen Meinungsumschwung nicht geben. Welche Interessen hatten CDU und SPD daran, einem privaten Hotelunternehmen in einem öffentlichen Park einen Bauplatz zu überlassen?

Kaum machte die WUB diese Pläne öffentlich, bestritt sie schon der Bezirksbürgermeister. Eine öffentliche Veranstaltung der WUB und die gemeinsame Unterschriftensammlung mit der BI Wannsee haben dazu beigetragen, diese Fehlplanung zu verhindern.

1982 Welche geschäftlichen Beziehungen haben Bezirksverordnete?

Die WUB beantragt eine Veröffentlichung aller beruflichen und ehrenamtlichen Bindungen der Bezirksverordneten in einem Handbuch der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Darüber hinaus sollten u. a. alle Kapitalbeteiligungen der Bezirksverordneten dem Vorsteher der BVV gemeldet werden. Diese Informationen sollen allen Bezirksverordneten zugänglich sein.

Mit diesem Antrag wollte die WUB erreichen, daß für den Wähler Klarheit besteht welche beruflichen, geschäftlichen und ehrenamtlichen Bindungen Bezirksverordnete haben. Anlaß für diesen Antrag gab die schriftliche Anfrage des Bezirksverordneten Reisner, WUB, der feststellen wollte, ob es eventuell Interessenkonflikte von Bauausschuß- bzw. Planungsausschuß-Mitgliedern im Zusammenhang mit der geplanten Bebauung in Düppel geben könnte.

In der Antwort stellte Bezirksbürgermeister Klemann u. a. fest: "Geschäftliche Verbindungen von Mitgliedern der BVV zu Firmen, die seitens des Bezirksamtes begünstigende Verwaltungsakte oder begünstigende fiskalische Entscheidungen erfahren, sind gegenüber dem Bezirksamt nicht anzeigepflichtig. ... In der Tat allerdings sind Interessenkollisionen denkbar, und zwar über den in der Anfrage angesprochenen Baubereich hinaus und bei einer Vielzahl von Berufsgruppen. ... Das Bezirksamt ist allerdings auch der Auffassung, daß es nicht seine Aufgabe ist, entsprechende Verhaltensregeln vorzugeben. Weitaus zweckmäßiger erschiene es, wenn die BVV selbst sich insoweit Verhaltensregeln aufgibt und ggf. durch den Vorsteher die Bekanntgabe beruflicher Tätigkeiten veranlaßt. Sie wäre dann selbst in der Lage, durch einen etwa zu bildenden Ehrenrat - wie er auch schon für das Abgeordnetenhaus vorgeschlagen ist - Zweifelsfragen zu klären und damit zu verhindern, daß unbegründetes Mißtrauen in der ehrenamtlichen Arbeit der Bezirksverordneten getragen wird."

Die Hoffnung der WUB, daß dieser Antrag die Zustimmung der Parteien findet, ist bisher nicht erfüllt worden. Die AL allerdings hat einen fast gleichlautenden Antrag 1984 im Abgeordnetenhaus gestellt. Man darf gespannt sein, wie lange CDU und SPD noch beraten werden.

1983 Kontakte zu Potsdam und Teltow gesucht - an der CDU gescheitert

Wir haben Zehlendorf in der kommunalen Arbeit auch immer als Nachbargemeinden von Teltow und Potsdam angesehen und daraus eine Reihe von Vorschlägen und Anregungen abgeleitet, die uns geeignet erscheinen, zu einem nachbarschaftlichen Verhältnis zu kommen, das im gegenseitigen Nutzen beider Teile liegt. Wir haben vorgeschlagen, daß die Bezirksverordnetenversammlung selbst sich in Potsdam über städteplanerische Entwicklungen informiert. BVV-Vorstand und Bezirksamt zeigten sich nicht in der Lage, einen derartigen Besuch zu organisieren. Wir haben den Vorschlag gemacht, in der Volkshochschule Exkursionen nach Potsdam anzubieten, auch diese Anregung wurde nicht aufgegriffen. Jedoch hat der Bürgermeister unserem Antrag entsprochen und sich beim Senat für den Erhalt der Sakrower Kirche eingesetzt. Andere Anträge zielten darauf, zu einem Austausch von Daten über Wasserverschmutzung und Schadstoffbelastung in den Gewässern - insbesondere des Griebnitzsees - zu kommen. Die Haltung von Mehrheitsfraktion und Senat war hier, daß an einem derartigen Informationsaustausch kein Interesse bestünde. Im Anhörungsverfahren zur Erweiterung des Hahn-Meitner-Instituts haben wir es als besondere Verpflichtung angesehen, in das Genehmigungsverfahren auch die Überlegungen

1981 Abrißwelle auf dem Höhepunkt
Fünfgeschossiges Hotel mit Restaurant im Park an der
Dampferanlegestelle Wannsee verhindert

Was der Bürgermeister sagte:

Baupolitik ist auch Kulturpolitik.

Die Baupolitik im Bezirk wie in der Stadt generell muß sich orientieren am Leitbild des humanen Städtebaus, muß den Menschen zum Maßstab nehmen, muß überlieferte Werte achten. Einbußen an ortsspezifischer Eigenart und historischer Kontinuität dürfen nicht länger hingenommen werden. An die Stelle von Abbruch und Neubau müssen mit Konsequenz Erhaltung und Renovierung treten, wo immer dies sinnvoll ist. Was einmal abgeräumt ist, ist unwiederbringlich verloren.

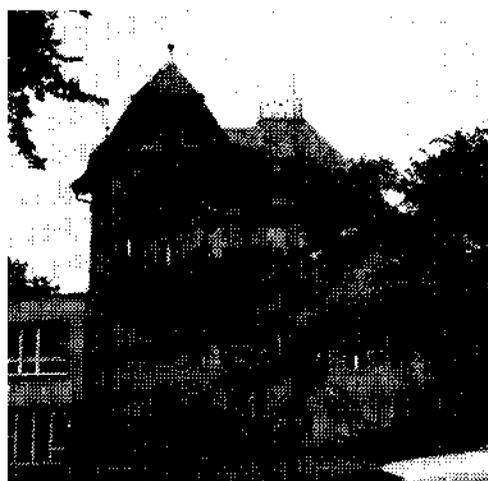
Bezirksbürgermeister Jürgen Klemann
aus: "Unser Zehlendorf", März 1981.

Ein Tag in der Zehlendorfer Abriß-Chronik:

6. April 1981

Gegen den erbitterten Widerstand der WUB genehmigte der Bürgermeister im Mai 1980 den Abriß dieser 3 Wohnhäuser. Sie waren nach schriftlicher Auskunft des Zehlendorfer Bauamtes völlig intakt. Der Landeskonservator hatte sich für ihre Erhaltung eingesetzt.

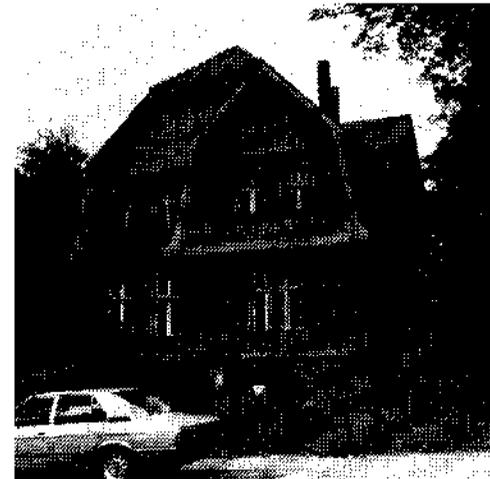
Jetzt war Eile geboten. Im Mai wäre die Abrißgenehmigung verfallen. Bürgermeister Klemann tat nichts, das Unheil zu stoppen. Am 6. April waren die Häuser zerstört. An dieser Stelle ist die katholische Schule erweitert worden. Für die CDU waren es "Schulgebäude", deswegen "nicht schützenswert". Abriß



Seehofstr. 6 ca. 1910-1981



Seehofstr. 8 ca. 1912-1981



Seehofstr. 10 ca. 1910-1981

einzubringen, die sich durch die Nähe der Anlage zur DDR-Grenze ergeben: einmal die Möglichkeit der Gefährdung der Anlage durch Grenzzwischenfälle, aber auch die Schwierigkeiten, im Störfall die vorgesehenen Alarmpläne auf dem Gebiet der DDR umzusetzen.

Insgesamt haben wir in den Diskussionen um die Verbesserung der Beziehungen zur DDR auf allen Ebenen - wie sie vom Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung gefordert worden war - den Eindruck gewonnen, daß in Zehlendorf kein echtes Interesse der Mehrheitspartei an diesen Fragen besteht; die bescheidenen Möglichkeiten, auf kommunaler Ebene in ein Gespräch zu kommen, wurden nicht genutzt.

1984 Wasserqualität und vorläufiges Badeverbot
Verkehrsunsicherheit auf der Chausseestraße in Wannsee

Aus den Gewässerkundlichen Mitteilungen des Senats ließ sich herauslesen, daß sich die Wasserqualität der Seenkette Griebnitz-, Pohle- und Kleiner Wannsee dramatisch verschlechtert hat, was auf eine erhöhte Schadstoff-Fracht aus dem Teltow-Kanal, die in diese Seen einfließt, zurückzuführen ist. Wir haben - in Verbindung mit der Bürgerinitiative Wannsee - die Öffentlichkeit informiert und in verschiedenen Anträgen weitergehende Untersuchungen gefordert, ein vorläufiges Badeverbot verlangt und verschiedene Anregungen gegeben, wie eine Verringerung der Schadstoffbelastung erreicht werden kann. In der Diskussion um eine Sauerstoffbelüftungsanlage für den Teltow-Kanal haben wir uns gegen den ursprünglichen Standort am Eingang von Teerofen ausgesprochen, andere Möglichkeiten vorgeschlagen und im Verlauf der Diskussion um den Nutzen dieser Anlage wurden die Naturschutzverbände angeregt, in einem Gutachten das Verfahren selbst zu problematisieren. Unser Ziel ist es, die Schadstoffeinleitung an der Quelle zu verringern oder auszuschalten und zu erreichen, daß die Seen wieder Badequalität erlangen.

Angeregt durch die Diskussion in der Elternschaft der Conrad-Schule haben wir eine bessere Sicherung des Schulweges in der Chausseestraße gefordert und durch gezielte Vorschläge erreicht, daß das Bezirksamt sich gegenüber der Polizei und anderen Behörden eindeutiger als bisher für die Entschärfung der gefährlichen Situation in dieser Straße einsetzt.

Kommunalpolitische Schwerpunkte:

Schule:

Kleine Erfolge gegen große Bürokratie

Ziel unserer Arbeit im Schulausschuß war es, zu verhindern, daß die Sparmaßnahmen sich auf Qualität und Leistung der Schule - insbesondere der Grundschule - auswirken. Wir konnten erreichen, daß in einigen (wenigen) Fällen Lehrer ihre Arbeitsplätze behalten konnten, weil nur dies zu einer Aufrechterhaltung eines ungestörten, pädagogisch vertretbaren Unterrichts beitragen konnte. Die Zusammenarbeit mit den betroffenen Eltern war hier besonders hilfreich. Wir konnten die Auflösung, bzw. Zusammenlegung einer Grundschule verhindern. Schwerpunkt war außerdem die Förderung, stärker als bisher Französisch als 1. Fremdsprache zu fördern. Durch direkte Ansprache von Eltern und Lehrern konnte hier - wenigstens jahrgangsweise - eine Steigerung der Zahlen erreicht werden. Leider ist das Interesse des Schulamtes an dieser Frage nicht besonders hoch; da sich die bisherigen Kurse zu bewähren scheinen, haben wir Hoffnung, daß eine weitere Förderung dieser Sprache möglich wird.

Um die Leistungsfähigkeit unserer Schulen überprüfen zu können, haben wir immer wieder genaue Zahlen über Stundenausfälle und Vertretungen gefordert. Diese hat uns das Bezirksamt mit hartnäckigem Widerstand verweigert.

Ansonsten hatten wir uns gelegentlich mit Disziplinarmaßnahmen zu beschäftigen, die Ausfluß einer obrigkeitstaatlichen Gesinnung sind und die dazu dienen sollten, Schüler und auch Lehrer aus politischen Gründen einzuschüchtern, oder auch nur - wie im Fall der geplanten Strafverfolgung eines ballspielenden Jungen - Exempel einer antiquierten Maßregel-Pädagogik.

Gesundheit:

Viel Bürokratie - wenig Patientenbetreuung

1976 legte der Senat einen Entwurf für die langfristige Krankenhausplanung (Bettenbedarfsplan) vor. Danach sollten in Zehlendorf das Behring-Krankenhaus, das Immanuel-Krankenhaus und das ev. Krankenhaus Schönau geschlossen werden. Die Wählergemeinschaft setzte sich durch öffentliche Veranstaltungen, Informationsblätter und in der BVV erfolgreich dafür ein, diese leistungsfähigen Krankenhäuser mit ihrem medizinisch erfolgreich zusammenarbeitenden Personal zu erhalten. Die Bettenzahl wurde schrittweise gesenkt, um die

Patientenbetreuung zu verbessern und den Bettenberg abzubauen. An die gleichzeitig geplante Zentralisierung der Krankenhauswäschereien in Großbetrieben klammerte sich aber der Gesundheitssenator. Die SPD und CDU im Abgeordnetenhaus beschlossen diese falsche Planung.

In vielen Krankenhäusern wehrten sich die Mitarbeiter gegen diese Pläne. In den Gesundheitsstadträten der CDU und SPD fanden sie keine Verbündeten.

In Zehlendorf sollte die Wäscherei des 650-Betten-Krankenhauses Heckeshorn geschlossen werden. Die Wäsche sollte quer durch die Stadt nach Neukölln gefahren und dort in einer Großwäscherei gewaschen werden. Der Transport hätte nicht nur zu Lärm- und Schadstoffbelastungen der Umwelt geführt, es ist auch bekannt, daß die Wäsche in Großwäschereien und schneller verschleißt und die Qualität der gewaschenen Wäsche läßt für Patienten und Pflegepersonal viel zu wünschen übrig.

Gemeinsam mit den Mitarbeitern und der Krankenhausleitung setzte sich die WUB-Gesundheitsstadträtin in jahrelangem Bemühen gestützt auf Rentabilitätsgutachten für die Erhaltung und Modernisierung der Wäscherei in Heckeshorn ein. Es ist geschafft. Heckeshorn behält seine Wäscherei.

Wenn auch die Zentralisierung weitgehend abgewehrt worden ist, der gesteigerte bürokratische Aufwand im Krankenhaus bleibt. Durch das Landeskrankenhausgesetz sollte u. a. durch Personaleinsparung die Kosten gesenkt werden. Wie die Erfahrung zeigt, brachte es den Patienten wenig Verbesserungen. Dafür haben die Krankenhäuser zusätzliche Verwaltungsarbeit aufgebürdet bekommen. Auch Schwestern und Ärzte mußten neue bürokratische Aufgaben übernehmen. Die am Bett des Patienten aufgewendete Zeit wird dadurch knapper.

Verkehr

Der Mensch lebt nicht für das Auto allein

25 Jahre lang konnten unter CDU-Verantwortung in Zehlendorf gar nicht genug Straßen verbreitert und asphaltiert werden, nicht genug Radwege durch Autoparkplätze ersetzt, nicht genug ortstypische Bürgersteige mit Mosaiksteinpflaster aufgerissen und mit Betonplatten zugepflastert werden. Der Höhepunkt schien 1974 mit dem 42-Mio Autotunnel durch den Ortskern erreicht. Irrtum, 1977 - 82 veranschlagte der Baustadtrat 75 Mio für 33 Straßenbauprojekte. CDU und SPD stimmten zu. Die WUB lehnte ab.

Sie trat für drastische Kürzung der Ausgaben für Autostraßenbau ein, beantragte den Neubau von 29 Radwegen für ein zusammenhängendes Radwegenetz, um die Fahrt von Schulkindern, Erholungssuchenden und Einkaufenden wieder sicher zu machen

und Autofahrer dazu zu bewegen für kurze Strecken auf's Auto zu verzichten.

Sie beantragte 20.000 qm Betonsteinpflaster von sinnlos zugепflasterten Grünstreifen wieder zu entfernen, um die Überlebenschancen der Straßenbäume zu verbessern.

Sie beantragte das Bürgersteigparken in Wohnstraßen rückgängig zu machen, um dort das schnelle Fahren zu verhindern.

Weitere Flächenopfer für Straßen und Parkplätze vermeiden

Zwischen Aternplatz und Kleeblatt waren noch vor zehn Jahren sieben Straßentunnel geplant. Dem Tunnel im Zehlendorfer Ortskern sollten 130 Bäume, 100 Wohnungen und 16 alteingesessene Geschäfte zum Opfer fallen. Immer neue Parkplätze zwischen Teltower Damm und Gartenstraße sollten neue Kunden zur Anfahrt mit dem Auto anlocken - auf Kosten von Gärten und Grünanlagen. Durch eine geplante Verbreiterung der Chausseestraße in Wannsee drohte der dörfliche Charakter zerstört zu werden. Engagierte Bürger konnten immer wieder die Bauwut von Parteien und Behörden bremsen. Doch auch künftig ist Achtsamkeit geboten. Noch immer sollen z. B. fast 2 Mio DM für überflüssige Straßenbauten in Stein- stücken investiert werden.

Verkehrsberuhigung:

Ein Versuch: Tempo 30 für Zehlendorf beantragt

Mindestens 12.000 Menschen sterben jährlich auf den Straßen der Bundesrepublik. Das ist ein Siebentel der Bevölkerung von Zehlendorf. (Etwa 500 Menschen verlieren jährlich durch Mord und Totschlag in der Bundesrepublik ihr Leben). 1981 stellte das Bundesministerium für Verkehr fest, daß sich durch Tempo 30 die Zahl schwerer und tödlicher Verkehrsunfälle in Ortschaften halbieren ließe. Wie lange noch wollen Politiker und Behörden neue "Modellversuche" und "Pilotprojekte" starten? Es ist genug diskutiert worden.

Umbauten zur Verkehrsberuhigung wie Fahrbahnverengungen und Markierungen oder Blumenkübel sind unschön und teuer. Beim derzeitigen Finanzaufwand würde es 700 Jahre dauern, bis alle Berliner Nebenstraßen umgebaut wären. Tempo 30 für einige wenige Straßen löst ebenfalls nicht das Problem: Nachdem sich immer mehr Bürgerinitiativen (z. B. Ludwigsfelder Straße, Vopeliuspfad, Straße am Schlachtensee, Chausseestraße, Quermatenweg) für Tempo 30 einsetzten, beantragte die WUB für den ganzen Bezirk die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h für ein Jahr auszuprobieren. Ausnahmen mit 50 km/h sollen für Hauptverkehrsstraßen bzw. Straßen mit Busverkehr zugelassen werden.

1976 Ortskernzerstörung gestoppt
Kastanienhof im Bau
Krankenhausschließung verhindert

Durch ihre Tätigkeit in der BVV und im Bezirksamt Zehlendorf wurde die WUB auf zwei Gutachten zur Entwicklung des Zehlendorfer Ortskern aufmerksam. Das Bezirksamt hatte sie in Auftrag gegeben. Ein Wirtschaftsgutachten empfahl eine weitere Konzentration des Zehlendorfer Einzelhandels im Ortskern. Der sollte cityartig mit Kaufhaus, Parkgaragen, Parkplätzen ausgebaut werden. Das städtebauliche Gutachten (Wendschuh-Gutachten) empfahl, wie die baulichen Veränderungen gesteuert werden sollten. Der Ortskerncharakter wäre durch den empfohlenen Abriss von über 70 Gebäuden zerstört worden. Ausgedehnte Parkplätze entlang der Gartenstraße und Parkgaragen hinter dem Standesamt, höhere und dichtere Bebauung waren vorgesehen.

Die 20 kleineren Einkaufsgebiete, wie Mexiko-Platz, Breisgauer Str., Königin-Louise-Str. in Dahlem Dorf oder die Chausseestr. in Wannsee wären verkümmert, weil die Käufer in den Ortskern gezogen werden sollten.

Die WUB organisierte eine Ausstellung im Vorraum des Bürger-saales im Rathaus. Das Bezirksamt mit vier CDU- und zwei SPD-Stadträten verbot die Ausstellung. Sie fand dann im Gemeindehaus am Dorffanger, im Mittelhof und im Gemeindehaus Ilsensteinweg in Schlachtensee statt.

Die WUB schlug einen Alternativplan vor - eine behutsame Entwicklung des Ortskerns entlang der Clayallee,

- einen Fußgängerbereich mit Wohnungen, Läden, Restaurants und Cafés. Sie taufte das Projekt "Kastanienhof". Jetzt ist es im Bau zwischen Bodenkreditbank und Berolina-Apotheke,
- auch die kleinen Einkaufsgebiete sind heute attraktiver, als sie vor 10 Jahren waren.

1976 wollte der Senat ein gigantisches, absurdes Krankenhaus-Programm gegen alle Vernunft und Einsicht durchziehen. 3 Mrd sollten in Neubauten gesteckt werden. Es gab zuviele Krankbetten in den Berliner Krankenhäusern. Ihre Zahl mußte reduziert werden. Bevölkerungsrückgang, geänderte Altersstruktur und kürzere Liegezeiten machten dies notwendig. In Zehlendorf sollten das Behring-Krankenhaus, das Immanuel-Krankenhaus und Krankenhaus Schönow geschlossen werden.

Diese Planung vom grünen Tisch hätte der Gesundheitsversorgung in Zehlendorf schwer geschadet. Durch öffentliche Veranstaltungen, durch Mobilisierung des Krankenhauspersonals und durch intensive Arbeit der WUB-Gesundheitsstadträtin konnten diese Krankenhausschließungen verhindert werden.

In Zehlendorf war das Baufieber ausgebrochen. Grundstücke wurden geteilt, Villen abgerissen und durch Reihenhäuser ersetzt. Um wenigstens einige besonders erhaltenswerte Bereiche zu schützen, schlug die WUB 5 zusätzliche Bereiche vor, darunter den Ortskern Zehlendorf und den Laehrpark und erweiterte die Grenzen der Vorschläge des Stadtplanungsamtes. Die CDU gab keinem einzigen Bereich ihre Zustimmung. Mit Unterstützung von SPD und dem Landeskonservator wurde nur die Onkel-Tom-Siedlung unter Denkmalschutz gestellt. Für zwei Bereiche (Mexiko-Platz und Zehlendorf-Mitte) gibt es nun die Hoffnung, daß wenigstens durch den bedeutend geringeren Schutz des Erhaltungsgebotes (§ 39 h) Abrisse erschwert werden.

Nach einem von der WUB ausgeschriebenen Ideenwettbewerb für Radwege und ihre Gestaltung, beantragte sie ein zusammenhängendes Radwegenetz für Zehlendorf. Das Bezirksamt hatte für den Zeitraum 1977 - 1982 für 33 Straßenbauprojekte 75 Mio veranschlagt. Davon waren ganze 2,6 Mio für Radwege vorgesehen.

Von den 29 beantragten Radwegen sind die meisten jetzt verwirklicht. Es gibt immer noch Lücken zu schließen, um die sichere Fahrt zur Schule und ins Einkaufsgebiet zu ermöglichen

1978 Wannsee-Klausen bleibt
Düppeler Feld: Kulturhistorische Anlage gescheitert
CDU-Bürgermeister empfiehlt Besatzungsbefehl anzuwenden

Die Deubo-Verwaltung GmbH u. Co. KG wollte das traditionsreiche Restaurant Wannsee-Klausen, 12 Wohnungen und zwei Gewerbebetriebe abreißen, um das Alters- und Chronikerpflegeheim "Schäferberg" zu erweitern. Hinter dieser GmbH u. Co. KG verbargen sich der damalige Präsident des Abgeordnetenhauses und CDU-Chef Peter Lorenz und der damalige Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Abgeordnetenhaus Hans-Joachim Böhm.

Die WUB wollte das Lokal, die billigen Wohnungen und die Arbeitsplätze der beiden gewerblichen Betriebe erhalten sehen und schlug eine Alternativplanung vor. Sie hielt aber auch eine Erweiterung des Seniorenheimes "Schäferberg" für falsch, weil sich die Nachteile solcher Alten-Ghettos längst herausgestellt haben. Einsamkeit, Isolierung von Familie und Gesellschaft sind u. a. häufig die Folgen.

Die WUB stellte öffentlich die Frage "Müssen ausgerechnet Politiker mit diesen gesellschaftlichen Fehlleistungen ihr Geschäft machen?"

Eine Unterschriften-Sammlung und erhebliche Presseaufmerksamkeit brachten den Erfolg. Das Gebäude der Wannsee-Klausen wurde renoviert und auch einige Wohnungen bleiben erhalten.

Wenn unabhängige Bürger den Bezirk Zehlendorf veranlassen, zukunftsweisende Beschlüsse zu fassen, so geht davon eine Signalwirkung für Berlin aus. Deshalb stellte die WUB viele Anträge mit dem Ziel, in diesem Sinne Zeichen zu setzen und damit Umdenken zu bewirken. Der Bezirk kann so für seine Bürger Vorbild sein.

Zum Bereich Bodenschutz hat die WUB beantragt, daß das Bezirksamt Zehlendorf

erfolgreich

- auf die Verwendung von Unkrautvernichtungsmitteln zum Schutz der Wildkräuter und des Grundwassers verzichtet,

teilweise
erfolgreich

- im gärtnerischen Bereich den Einsatz von Torf einstellt und damit einen Beitrag gegen die Ausrottung der letzten Torfmoore in Deutschland und damit von über hundert Tierarten leistet. Es kann gezeigt werden, daß Rindenmulch und -humus ein mehr als vollwertiger Ersatz sind.

teilweise
erfolgreich

- überflüssige Pflasterflächen wieder entfernt und im übrigen wasser- und sauerstoffdurchlässiges Pflaster verwendet, damit so ein Beitrag gegen die noch immer rasant fortschreitende "Versiegelung" des Bodens geleistet wird, Grundwasserbildung gefördert und Abwasser (über Regenwasserkanäle) vermindert werden,

teilweise
erfolgreich

- die Lebensbedingungen der Schulhofbäume durch eine teilweise Beseitigung des Pflasters verbessert und bei der Anlage neuer Schulhöfe wie den der Conradschule in Wannsee ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt.



Für Bauvorhaben, die in der Verantwortung des Bezirksamtes entstehen, hat die Wählergemeinschaft beantragt,

- abgelehnt
 - auf die Verwendung des gefährlichen, krebserregenden Asbest bei öffentlichen Bauvorhaben zu verzichten,
- abgelehnt
 - formaldehydhaltige Baustoffe weitgehend durch andere zu ersetzen und sich dafür einzusetzen, daß die Formaldehydkonzentration in der Raumluft von Aufenthaltsräumen künftig bei der Bauabnahme gemessen wird,
- abgelehnt
 - daß für öffentliche Bauvorhaben nur Holzschutzmittel verwendet werden, die das Bundesgesundheitsamt als ungefährlich eingestuft hat,
- abgelehnt
 - in allen Bereichen des Bezirksamtes solche Produkte zu verwenden, die mit dem Umweltsiegel des Umweltbundesamtes ausgezeichnet sind,
- abgelehnt
 - bei der Bebauung von Düppel-Nord aus bauphysiologischen Gründen die Verwendung von Beton-Großtafeln für Wände zu verhindern.

Zum Schutz des Wassers und der Seen hat die Wählergemeinschaft beantragt,

- z.T. verwirklicht
 - daß die Ufer der Grunewaldseenkette geschützt werden und die Regeneration des Schilfgürtels ermöglicht bzw. Schilf angepflanzt wird,
- teilweise erfolgreich
 - daß die Ufer des Polesees nicht mit Stahlspundwänden gesichert, sondern naturnah rekultiviert werden. Dazu wurden detaillierte Vorschläge gemacht.
- abgelehnt
 - Daß für den Grundwasserschutz in Albrechts Teerofen Regeln wie in Wasserschutzzonen gelten sollen,
- z.T. Verwirklicht
 - daß das Krumme Fenn gerienigt, vor neuer Verunreinigung geschützt und mit einem Ölabscheider versehen werden soll.

Zum Naturschutz in Zehlendorf stellte die WUB die Anträge,

- erfolgreich
 - die Eichen des Königsweges unter Naturschutz zu stellen,
- erfolgreich
 - die Eichenallee Potsdamer Straße - Berliner Straße zum Naturdenkmal erklären zu lassen,
- erfolgreich
 - in Parks und auf Mittelstreifen von Straßen Wiesen statt Rasen anzulegen,
- teilweise erfolgreich
 - Landschaftspläne nach dem Berliner Naturschutzgesetz für den von der WUB vorgeschlagene Gebiete zu erarbeiten.

Zur Pflege und Verbesserung des Straßengrüns forderte die WUB das Bezirksamt durch Anträge auf,

- erfolgreich
 - Straßenbäume gegen mechanische Beschädigungen zu schützen,
- teilweise
 - die Baumscheiben der Straßenbäume zu vergrößern

teilweise
erfolgreich
erfolgreich

- etwa 20.000 qm unnützes Pflaster zur Rettung von Straßenbäumen wieder zu entfernen,
- die Kastanie vor dem Rathaus nach ihrer durch das Bezirksamt geduldeten Schädigung durch Tausalz mit geeigneten Maßnahmen ein Weiterleben zu ermöglichen. (Sie wird nun im Sommer durch eine Dränageleitung bewässert.)

erfolgreich

Schließlich hat die Wählergemeinschaft schon im Oktober 1979 beantragt, auf Tausalz zum Schutze der Vegetation und des Grundwassers ganz zu verzichten.

Umweltschutz in Wannsee: Von Campern, Feuchtgebieten und Stahlspundwänden

Schwerpunkt der Arbeit war die Rettung der Bäkewiese, eines wichtigen Vogelschutzgebietes und Feuchtgebietes in Kohlhasenbrück, die durch den Betrieb eines Campingplatzes bedroht ist. Was wir hier an Erfahrungen sammeln konnten, ist gewiß typisch für jeden Versuch, aktiv Naturschutz umzusetzen. Auf öffentlichen Druck sind die politisch Verantwortlichen schnell zur Stelle, auch ihre Bereitschaft zum Naturschutz zu bekunden. Die tatsächliche und verwaltungstechnische Umsetzung derartiger Vorhaben stößt dann aber auf tausenderlei Schwierigkeiten. Sobald die Interessen von Sportverbänden - hier den Campern - betroffen sind, bilden sich in den Behörden harnäckige Widerstände aus, wobei ein Wirrwarr von Kompetenzen - zwischen Senat und Bezirksamt, den Naturschutzbehörden, Umweltbehörde - dazu beiträgt, Verantwortung abzuwälzen. Wir konnten erreichen, daß die schädliche Nutzung der Wiese zu einem nicht geringen Teil zurückgedrängt wurde und daß die Naturschutzbehörden - aufmerksam geworden durch das große Interesse der Bevölkerung - durch verschiedentliche Untersuchungen und Gutachten den einmaligen Wert des Gebietes nachweisen konnten. Erreicht werden soll eine vollständige Unter-Schutz-Stellung des Gebietes. Gegenwärtig - und dies nach vier Jahren Auseinandersetzung - ist das Schicksal der Wiese wieder offen, weil Senat und Bezirksverwaltung es versäumt haben, das Gebiet - nach Ansicht des Verwaltungsgerichts - ordnungsgemäß zu kartografieren und planungsrechtlich auszuweisen. Und dies, obwohl diese Planungsmängel öffentlich seit mehreren Jahren bekannt sind.

Im Zusammenhang mit der Bäke-Diskussion wurden auch immer wieder vom Senat Ersatzstandorte für neue Campingplätze ins Gespräch gebracht. Wir konnten verhindern - vor allem über die Mobilisierung der Öffentlichkeit - daß der Jagen 65 im Düppeler Forst zum Campingplatz wird. Obwohl von Senat



und Bezirksamt versprochen worden war, den Campingbetrieb am Polesee einzuschränken, wurde eine weitere Ausdehnung der Aufstellflächen dort geduldet. Gegenwärtig sind Gespräche der Fachbehörden im Gange, in Teerofen, auf dem Gelände der TU - einen Campingplatz anzulegen. Dagegen werden wir uns mit Vehemenz wehren und sind uns schon jetzt der breiten Unterstützung von Naturschützern und Anwohnern sicher. Im Bereich der Ufer-Sanierung konnten wir es erreichen - hier unterstützt von vielen sachkundigen und interessierten Bürgern - daß der Polesee nicht mit einer sichtbaren Stahlspundwand mit Stein-Packung versehen wird, sondern daß geeignete wasserbau-biologische Verfahren zur Sicherung des Ufers eingesetzt wurden. Durch die Rettung von 'Richters Eck' als Badeplatz wollen wir unser Ziel verdeutlichen, die Wasserqualität des Polesees wieder zu verbessern. Wir haben, um Schäden an Ufern und Gewächsen zu vermeiden, Vorschläge über die Wassersportnutzung durch Motorboote gemacht - Tempobeschränkungen und Barrieren -, die eine wichtige Schadensursache ausschließen sollen.

Neben diesen großen Themen haben wir uns immer wieder eingesetzt, einzelne Bäume zu schützen oder zu retten - mit wechselndem Erfolg. Manchmal waren die Baubehörden - wie bei den Rotbuchen in der Kolonie Alsen - schneller, manchmal stießen wir auf Verständnis. Gegenwärtig haben wir auf die Gefährdung der Eichen auf dem Wilhelmplatz aufmerksam gemacht, die durch Bodenverdichtung bedroht ist.

der BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG von ZEHLENDORFNr. 407

A n t r a g
der
Fraktion der W U B

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

1. In den § 9 der Geschäftsordnung der Bezirksverordnetenversammlung Zehlendorf von Berlin wird folgender Absatz 3 aufgenommen: "Die Bezirksverordneten unterliegen den Verhaltensregeln für Bezirksverordnete in Zehlendorf (Anlage 1)".
2. Die Geschäftsordnung der Bezirksverordnetenversammlung Zehlendorf von Berlin erhält folgende Anlage 1:
"Verhaltensregeln für Bezirksverordnete in Zehlendorf

I

Die Bezirksverordneten haben zur Aufnahme in das Handbuch der BVV Zehlendorf folgendes anzugeben:

1. Die gegenwärtig ausgeübten Berufe, und zwar
 - a) unselbständige Tätigkeit unter Angabe des Arbeitgebers mit Geschäftsanschrift, der Branche, der eigenen Funktion bzw. dienstlichen Stellung,
 - b) selbständige Gewerbetreibende: Art des Gewerbes und Name und Anschrift der Firma,
 - c) freie Berufe, sonstige selbständige Berufe: Angabe des Berufszweiges und Anschrift der Geschäftsräume.
2. Vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten als Mitglied eines Vorstandes, Aufsichtsrats, Verwaltungsrats, sonstigen Organs oder Beirats einer Gesellschaft, Stiftung und Anstalt des öffentlichen Rechts.
3. Vergütete und ehrenamtliche Funktionen sowie Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden.
4. Grundeigentum (auch Wohnungseigentum) im Bezirk Zehlendorf.

II

Die Bezirksverordneten haben dem Vorsteher anzuzeigen:

1. Soweit nicht im Rahmen des ausgeübten Berufes liegend,
 - a) entgeltliche Tätigkeiten der Beratung, Vertretung fremder Interessen, Erstattung von Gutachten,
 - b) regelmäßige publizistische und Vortragstätigkeiten.
2. Beteiligung an Kapitalgesellschaften.

III

Wirkt ein Bezirksverordneter in einem Ausschuß an der Beratung oder Abstimmung über einen Gegenstand mit, an dem er selbst oder ein anderer, für den er - wie in Abschnitt I genannt - tätig ist, ein wirtschaftliches oder sonstiges Interesse hat, so hat er diese Interessenverknüpfung zuvor im Ausschuß offenzulegen.

IV

Hinweise auf die Mitgliedschaft in der Bezirksverordnetenversammlung sind in beruflichen oder geschäftlichen Angelegenheiten zu unterlassen.

V

In Zweifelsfragen ist der Bezirksverordnete verpflichtet, sich durch Rückfragen beim Vorsteher über die Auslegung der Bestimmungen zu vergewissern.

VI

Wird der Vorwurf erhoben, daß ein Bezirksverordneter gegen diese Verhaltensregeln verstoßen hat, so hat der Vorstand den Sachverhalt aufzuklären und den betroffenen Bezirksverordneten anzuhören. Ergeben sich Anhaltspunkte für einen Verstoß, so hat der Vorstand der Fraktion, der der betreffenden Bezirksverordnete angehört, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Vorsteher teilt das Ergebnis der Prüfung den Fraktionen mit."

3. Das Handbuch ist zu veröffentlichen, das dem Vorsteher Angezeigte ist allen Bezirksverordneten mitzuteilen.
4. Das Handbuch ist bei Veränderungen zu berichtigen und zu ergänzen.

Berlin 37, den 7. September 1982

S t e u e r

W ö l f i n g

Interessenkonflikte der Bezirksverordneten: In tiefes Nachdenken verfallen....

Was bewegt einen Bezirksverordneten,

- für eine höhere oder niedrigere Ausnutzung der Grundstücke (womit eine Wertsteigerung verbunden ist) im Wohnviertel X
- für Parkplätze in der Straße Y
- für die Vergabe von Geldern (Sondermittel) an den Sportverein Z

zu stimmen?

Vielleicht die Tatsache, daß er

- im Wohnviertel X ein Grundstück oder eine Wohnung besitzt?
- in der Straße Y den Geschäftssitz seiner Firma hat?
- im Sportverein Z Mitglied ist ???

Was sagte ein prominentes Mitglied des Sportausschusses zur letzten Frage? "Ich bin im Ausschuß als Mitglied meiner Partei und nicht als Mitglied des Sportvereins. Die Dinge trenne ich!" Ist das menschenmöglich? Übermenschen sind wir nicht in der BVV. Also sollte man gar nicht so tun, als ob man alle außerparteilichen Bindungen verdrängen könnte. Außerdem kann ein so "Betroffener" für die Ausschubarbeit nützlich sein. Der Geschäftsmann weiß über die Parkgewohnheiten seiner Kunden Bescheid. Der Sportsmann kennt die Jugendarbeit seines Vereins.

Wir meinen, daß man solches Wissen und damit die "Betroffenen" aus den Beratungen (und Abstimmungen) nicht ausschließen sollte, daß aber jeder Betroffene sich als solcher zu erkennen geben muß, und zwar nicht erst bei entsprechenden Ausschußsitzungen, sondern bei Eintritt in die BVV.

Deshalb stellte die WUB im September 1982 den Antrag, daß sich die Bezirksverordneten in Zehlendorf Verhaltensregeln geben sollten.

Dieser Antrag wurde in drei Ausschußsitzungen ausführlich beraten. Nach anfänglich geäußerter Bereitschaft der anderen Fraktionen, das Verhalten bei Betroffenheit grundsätzlich zu klären, waren sie später nicht gewillt, dem Antrag zuzustimmen, insbesondere nicht den Verhaltensregeln, die über die für die Abgeordneten hinausgehen. Aber gerade die sind für Bezirksverordnete überhaupt relevant, wie eingangs geschildert.

Da CDU und SPD sich offenbar auch nicht die Blöße geben wollten, den Antrag abzulehnen, wurde die Beratung im Januar 1983 vertagt, damit die Fraktionen noch einmal darüber nachdenken könnten. Sie denken heute noch. Die WUB wird diesen Antrag nach dem 10. März wieder stellen. Was sagen Sie dazu?